

Führender Völkerrechtler äußert sich zur Ukraine & Israel

Das Transkript gibt möglicherweise aufgrund der Tonqualität oder anderer Faktoren den ursprünglichen Inhalt nicht wortgenau wieder.

Zain Raza (ZR): Vielen Dank, dass Sie heute dabei sind, willkommen zu einer weiteren Folge von Die Quelle. Ich bin Ihr Gastgeber Zain Raza. Wir sind nach einer zweiwöchigen Pause wieder da, im Anschluss an eine erfolgreiche Crowdfunding-Kampagne, bei der wir mit 1710 Spendern 53.000 € erzielt haben. Wir möchten uns bei allen Spendern herzlich bedanken, denn so können wir in diesem Jahr nicht nur unsere Kosten decken, sondern auch unsere Leistungen erweitern. Heute spreche ich mit Dimitri Lascaris über den Krieg in der Ukraine und Israels Angriff auf den Gazastreifen. Dimitri Lascaris ist unabhängiger Journalist und Anwalt für internationales Recht, Sammelklagen und Menschenrechte. Im Jahr 2020 kandidierte er für die Führung der Grünen Partei in Kanada und erreichte den zweiten Wahlplatz. Dimitri, willkommen zurück.

Dimitri Lascaris (DL): Danke für die Einladung, Zain. Es ist mir immer wieder eine Freude.

ZR: Anfang dieser Woche wurde ein russisches Militärflugzeug, in dem 65 gefangene ukrainische Soldaten zu einem Gefangenenaustausch transportiert wurden, in der Nähe der russischen Stadt Belgorod nahe der ukrainischen Grenze abgeschossen, wobei alle 75 Menschen an Bord getötet wurden. Der ukrainische Präsident Selenskyj gab dazu folgende Erklärung ab, Zitat: "Es ist klar, dass die Russen mit dem Leben der ukrainischen Gefangenen, den Gefühlen ihrer Angehörigen und den Emotionen unserer Gesellschaft spielen", Zitat Ende. Russland hat den Abschuss des Flugzeugs als terroristischen Akt bezeichnet, während die Ukraine eine internationale Ermittlung fordert. Was sind Ihrer Einschätzung nach die möglichen Motive Russlands oder der Ukraine für den Abschuss eines Flugzeugs, das Kriegsgefangene an Bord hatte?

DL: Es ist nicht klar, ob dies absichtlich geschah, es könnte auch ein tragischer Unfall gewesen sein. Das Flugzeug - das sollte man wissen - befand sich im russischen Luftraum. Für die Behauptung Selenskyjs, die russische Regierung spiele mit dem Leben ukrainischer Kriegsgefangener, gibt es meiner Meinung nach also keinerlei Beweise. Dies ist ein klassisches Beispiel dafür, wie Selenskyj versucht, eine Situation auszunutzen, die oberflächlich betrachtet ein tragischer Fehler zu sein scheint. Als dann die russische

Regierung bekannt gab, dass es sich bei den Passagieren um Kriegsgefangene handelte, herrschte lange Zeit Schweigen, und in den sozialen Medien wurde spekuliert, dass es sich um eine Art falsche Flagge handelte. Jetzt scheinen die Ukrainer zuzugeben, dass sie das Flugzeug nicht abgeschossen haben, und sie versuchen, den Russen die Schuld in die Schuhe zu schieben, obwohl es dafür meines Erachtens wirklich keine Grundlage gibt. Damit sind wir wieder bei dem ständigen Thema, das ich immer wieder betont habe, nämlich der absolut humanitären Notwendigkeit, diesen Krieg zu beenden. Es ist einfach schrecklich, was hier passiert. Kürzlich machte ein kanadischer Ukrainer, der in die Ukraine gereist war, in den sozialen Medien eine sehr aufschlussreiche Aussage. Diese Aussage wurde unter uns Kommentatoren, die den Krieg verfolgt haben, in Umlauf gebracht. Darin sagte er: „Schande über alle, die diesen Krieg unterstützt haben, was auch immer ihre Beweggründe gewesen sein mögen, Schande über die Lügen, die wir darüber verbreitet haben. Das ukrainische Volk ist am Boden zerstört. Sie glauben, dass über eine Million Menschen tot sind. Sie glauben nicht, dass ein Sieg möglich ist. Sie glauben, dass die westliche Darstellung des Krieges eine Lüge und Propaganda ist. Das Beste, was wir für das ukrainische Volk tun können, ist, dieses Gemetzel zu beenden.“ Und das kann ich nicht genug betonen. Und was mit diesen 65 Kriegsgefangenen und der Besatzung dieses Flugzeugs geschehen ist, bestätigt dies nur erneut.

ZR: Werfen wir einen Blick auf einige internationale Entwicklungen im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine. Laut Reuters hat die NATO am Dienstag einen Vertrag im Wert von 1,1 Milliarden Euro über Hunderttausende von 155-mm-Artilleriegeschossen unterzeichnet, von denen viele an die Ukraine geliefert werden sollen, die sich wiederholt über einen erheblichen Mangel beklagt hat. Bei der Unterzeichnung des Vertrags im Rahmen einer Zeremonie im NATO-Hauptquartier in Brüssel sagte NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg, ich zitiere: „Der Krieg in der Ukraine ist zu einer Munitionsschlacht geworden“, Zitat Ende. Darüber hinaus wird in den deutschen Medien berichtet, dass Großbritannien Deutschland einen Tausch von Marschflugkörpern angeboten hat. Auf diese Weise würde Deutschland Marschflugkörper an das Vereinigte Königreich verkaufen, das diese dann an die Ukraine liefern würde, wodurch Deutschland jegliche Bedenken hinsichtlich der Lieferung umgehen könnte. Deutschland war bisher recht zögerlich bei der Lieferung von Marschflugkörpern, da die Ukraine damit tief in russisches Territorium eindringen könnte, was eine erhebliche Eskalation des Krieges zur Folge hätte. Wird die neue Lieferung von Artilleriegeschossen und vielleicht sogar von Marschflugkörpern Ihrer Meinung nach die Fähigkeiten der Ukraine im Jahr 2024 verbessern?

DL: Es gibt zwei entscheidende Probleme, mit denen die Ukraine konfrontiert ist. Das eine ist, dass die Ukraine und der Westen Russland nicht übertreffen werden, ganz gleich, welche Waffen sie der Ukraine in nächster Zeit zur Verfügung stellen. Das ist in diesem Stadium absolut klar. Diese Waffenlieferungen würden zwar dazu beitragen, das groteske Ungleichgewicht bei der Munition auf dem Schlachtfeld für eine kurze Zeit zu beheben, aber sie werden dieses grundlegende Problem letztlich nicht lösen. Russlands Wirtschaft ist jetzt vollständig auf das Kriegsniveau ausgerichtet. Es ist wichtig zu wissen, dass die Rüstungsindustrie in Russland größtenteils in Staatsbesitz ist, während sie im Westen

größtenteils in privater Hand ist. Dadurch ist die russische Regierung in der Lage, die industriellen Kapazitäten der Rüstungsindustrie viel schneller an die Bedürfnisse der Nation anzupassen als wir im Westen, wo wir die Prioritäten der Hersteller dieser Waffen nicht kontrollieren können. Sie sind voll und ganz auf Gewinnmaximierung ausgerichtet, nicht auf die Interessen des Staates. Allein aus diesem Grund werden wir sie niemals übertreffen können. Unser Wirtschaftsmodell lässt das nicht zu. Aber noch wichtiger ist, Zain - und das habe ich in meiner Antwort auf Ihre erste Frage bereits angesprochen - dass den Ukrainern, egal wie viele Waffen wir ihnen liefern, die Männer ausgehen. Wer soll diese Waffen bedienen? Es muss Menschen geben, die auf dem Schlachtfeld ausgebildet sind, um die Waffen einzusetzen, die wir dem ukrainischen Militär zur Verfügung stellen. Und die Fähigkeit, eine große Armee zu rekrutieren, ist erschöpft. Im Moment gibt es keine Anzeichen dafür, dass sie, selbst wenn sie eine weitere Massenmobilisierung durchführen wollten, die Kapazität dazu hätten. Es gibt allen Grund zu der Annahme, dass sie nicht in der Lage sein werden, ein Mobilisierungsprogramm in nennenswertem Umfang durchzuführen. Warum also verlängern wir diesen Krieg, indem wir mehr Waffen in die Ukraine schicken? Das ist absolut irrsinnig und, offen gesagt, unmenschlich.

ZR: Letzte Woche schlug der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos einen Zehn-Punkte-Friedensplan vor, der den durch die russische Invasion im Februar 2022 entfachten Krieg beenden soll. Zu den wichtigsten Punkten dieses Plans gehören der vollständige Rückzug der russischen Truppen, die Wiederherstellung der ukrainischen Grenzen und die Rechenschaftspflicht für Kriegsverbrechen, die von hohen russischen Beamten begangen wurden. Russland wurde nicht nur nicht zum Weltwirtschaftsforum eingeladen, sondern die Ukraine hat auch darauf bestanden, diesen Friedensvorschlag nicht mit Russland zu diskutieren, da Selenskyj jegliche Gespräche mit Russland für illegal erklärt hat. Können Sie auf die wichtigsten Punkte dieses Vorschlags eingehen und sagen, inwieweit sie Ihrer Meinung nach realistisch umsetzbar sind?

DL: Dieser so genannte Friedensplan ist im Grunde genommen eine Forderung nach einer russischen Kapitulation. Russland wird aufgefordert, alle Gebiete abzutreten, die es derzeit kontrolliert und die es unter dem Einsatz von Zehntausenden von Männern und unter enormen Kosten für die russische Wirtschaft erworben hat. Sie verlangt von den Russen, dass sie ihren Präsidenten ausliefern und ihn einer Anklage durch den IStGH oder einer Strafverfolgung durch den IStGH aussetzen, obwohl der IStGH westliche Kriegsverbrecher, einschließlich der Bush-Regierung und des kriminellen Angriffskrieges gegen den Irak, völlig außer Acht gelassen hat. Er verlangt von den Russen Reparationszahlungen an die Ukrainer und verlangt keinerlei Zugeständnisse oder Opfer von Seiten der Ukraine oder der NATO. Rein gar keine. Man mag nun denken, dass dies aus moralischer und rechtlicher Sicht völlig gerechtfertigt ist, aber es ist komplett realitätsfern. Die Ukraine verliert diesen Krieg. In welcher Welt glauben wir, dass die Partei, die den Krieg unter großen Kosten und Opfern gewinnt, sich der Partei, die auf den Knien ist, völlig ergeben wird? Das ist lächerlich. Wenn man tatsächlich ein Friedensabkommen schließen will, dann muss es einen gegenseitigen Kompromiss geben. Die Ukrainer hatten in den ersten zwei Monaten dieses Krieges die Gelegenheit, ein Friedensabkommen mit Russland zu schließen, bei dem sie kein Land an die

Russische Föderation abtreten mussten, und sie haben sie vertan. Boris Johnson flog nach Kiew und ließ dieses Abkommen platzen, zweifellos mit dem Einverständnis der amerikanischen Regierung, und sagte Selenskyj, sie würden es nicht unterstützen. Selenskyj beschloss daraufhin, einen Krieg zu führen, den er schließlich verlor. Jetzt müssen die Konsequenzen gezogen werden, und das bedeutet, dass es territoriale Zugeständnisse geben muss. Das ist es, was ein echter Friedensplan beinhalten würde. Und solange sich die Ukrainer nicht mit dieser Tatsache abfinden, wird ihr Land durch diesen Krieg immer weiter ausgeweidet.

ZR: Wenden wir uns nun dem Krieg Israels in Gaza zu. Nach den Angriffen der Hamas vom 7. Oktober, bei denen rund 1200 Israelis getötet wurden, darunter 373 Militärangehörige, hat Israel einen massiven Angriff auf den Gazastreifen verübt - zunächst mit Luftangriffen und dann mit einer Bodeninvasion. Schätzungen zufolge wurden bei diesem Angriff bisher mindestens 25.490 Palästinenser getötet. Nach Angaben der israelischen Zeitung Haaretz konzentrieren sich die Militäroperationen nun auf die südliche Stadt Khan Yunis im Gazastreifen, wo Israel unablässig Gebiete um zwei Krankenhäuser bombardiert. Darüber hinaus erklärten die Vereinten Nationen vor kurzem, dass israelische Panzer ein großes UN-Gelände in Gaza, das vertriebenen Palästinensern Zuflucht bot, angegriffen haben, was zu „Massenverlusten“ führte. Israel bestritt, dass seine Streitkräfte dafür verantwortlich waren, und vermutete, dass die Hamas den Beschuss veranlasst haben könnte. Wie würden Sie Israels bisherigen Krieg bewerten? Sind sie Ihrer Meinung nach dem erklärten Hauptziel, der Auslöschung der Hamas, näher gekommen?

DL: Die Hamas hat Israel gerade den größten Verlust an einem Tag in den gesamten dreieinhalb Monaten der Kriegsführung zugefügt. Ich glaube, es waren 24 israelische Soldaten, die an einem Tag starben. Es ist absolut klar, dass die Hamas nicht annähernd besiegt ist. Sie haben keinen einzigen hochrangigen Hamas-Kommandeur in Gaza gefangen genommen oder getötet. Sie haben nicht eine einzige Geisel lebend geborgen. Sie haben begonnen, eine große Anzahl von Truppen aus dem Gazastreifen abzuziehen. Es gibt Tausende von verwundeten israelischen Soldaten, darunter Hunderte von Toten. Und ich glaube, dass etwa 2000 von ihnen dauerhaft behindert sind. Die Lage wird für Israel noch schlimmer werden. Und es ist ganz klar, dass es keine militärische Lösung für diesen Konflikt gibt. Die Lösung ist politisch. Sie müssen dem palästinensischen Volk einen Staat geben und das Apartheidregime beenden. Morgen um 7 Uhr Ortszeit in New York wird der Internationale Gerichtshof seine Entscheidung in der Völkermordklage Südafrikas gegen Israel verkünden. Und wenn es irgendeine Gerechtigkeit auf dieser Welt gibt, wird das Gericht zu Gunsten Südafrikas entscheiden und feststellen, dass es plausibel ist, dass Israel Völkermord begeht. Dieser Krieg kann nicht früh genug enden. Nicht nur für das palästinensische Volk, sondern auch für das Volk von Israel. Es ist in ihrem Interesse, dass eine politische Lösung gefunden wird, und die liegt auf der Hand, es gibt sie schon. Es hat sie schon immer gegeben. Tatsache ist aber, dass die israelische politische Elite diese Lösung einfach nicht will.

ZR: Ich möchte zu den internationalen Entwicklungen im Zusammenhang mit diesem Krieg kommen. Sie haben bereits den Internationalen Gerichtshof erwähnt. Das wäre meine nächste Frage gewesen. Die südafrikanische Regierung hat am 29. Dezember vor dem Internationalen Gerichtshof Klage gegen Israel erhoben und es des Völkermordes beschuldigt. Wie Sie erwähnten, wird es morgen ein Urteil geben, das möglicherweise eine Reihe von Sofortmaßnahmen verhängen könnte, einschließlich eines Stopps der israelischen Angriffe auf Gaza. Bevor wir uns mit diesem Fall befassen, könnten Sie unseren Zuschauern zunächst den Unterschied zwischen dem Internationalen Gerichtshof und dem Internationalen Strafgerichtshof erläutern und erklären, warum Südafrika sich möglicherweise für den IGH und nicht für den anderen entschieden hat?

DL: Zunächst einmal ist der Internationale Gerichtshof eine Einrichtung der Vereinten Nationen. Er wurde auf der Grundlage der UN-Charta geschaffen, und praktisch jeder Staat der Welt hat die UN-Charta unterschrieben. Er repräsentiert somit die internationale Gemeinschaft in weitaus größerem Maße als der IStGH, denn der IStGH wurde durch ein eigenes Rechtsinstitut, das Römische Statut, geschaffen. Und eine Reihe wichtiger Staaten gehören nicht zu den Vertragsstaaten des Römischen Statuts. China, Russland, die Vereinigten Staaten. Auch Israel selbst hat das Römische Statut nicht unterzeichnet. Ein zweiter wichtiger Unterschied ist, dass der IGH sich mit Klagen eines Staates gegen einen anderen Staat befasst, während der IStGH sich mit der Strafverfolgung von Einzelpersonen befasst. Die südafrikanische Regierung hat sich also dafür entschieden, den Staat Israel vor dem höchsten Gericht im System der Vereinten Nationen zu verklagen. Wir bezeichnen den IGH oft als Weltgerichtshof. Und interessanterweise hat dieses Gericht in der Vergangenheit bereits eine Entscheidung gegen Israel gefällt. Es handelte sich um ein Gutachten aus dem Jahr 2004, das die Rechtmäßigkeit der Trennmauer und der Siedlungen im Westjordanland betraf. Es entschied einstimmig, dass die Siedlungen eine Verletzung des Völkerrechts darstellen. Ich denke, dass aus diesem und zahlreichen anderen Gründen gute Aussichten bestehen, dass dieses Gericht morgen gegen Israel entscheiden wird. Der Internationale Strafgerichtshof hingegen - dessen Ankläger, Karim Khan, ein britischer Anwalt, absolut kein Interesse an der Verfolgung westlicher Kriegsverbrecher gezeigt hat - wird meines Erachtens zum jetzigen Zeitpunkt und zur großen Diskreditierung dieser Institution wohl kaum nennenswerte Maßnahmen gegen die israelischen Kriegsverbrecher ergreifen, die diesen Krieg führen.

ZR: Können Sie als internationaler Anwalt ausführlich über den südafrikanischen Fall sprechen, insbesondere über die vorgelegten Unterlagen und Beweise und ob Sie diese für tragfähig halten?

DL: Ich denke, dieser Fall ist überwältigend. Um ehrlich zu sein, sollte es keine Zweifel an der Angemessenheit der von ihnen angestrebten Rechtsmittel geben. Die grundlegende Bestimmung, auf die sich die Klage stützt, ist Artikel II der Völkermordkonvention von 1948, in der Völkermord definiert wird. Und das beinhaltet die Begehung bestimmter Handlungen mit der Absicht, eine geschützte Gruppe wie das palästinensische Volk ganz oder teilweise zu vernichten. Das palästinensische Volk fällt eindeutig in die Kategorie der geschützten

Gruppen. In der Völkermordkonvention sind fünf Handlungen aufgelistet, die für einen Völkermord erforderlich sind - diese Liste ist nicht umfassend. Eine davon ist die Tötung von Mitgliedern der Gruppe. Das ist hier ganz offensichtlich der Fall. Eine andere ist der Entzug der Lebensgrundlagen. Ich umschreibe das, aber das ist hier eindeutig der Fall. Die Israelis haben gleich zu Beginn gesagt, dass sie der gesamten Bevölkerung des Gazastreifens Nahrung, Wasser und Treibstoff vorenthalten würden. Und genau das haben sie getan. Und es gibt noch weitere Taten, die sie begehen. Was die Absicht betrifft, so enthält der südafrikanische Schriftsatz, der 84 Seiten umfasst, Seite für Seite Erklärungen von Personen auf höchster Ebene der israelischen Regierung, die eindeutig auf die Absicht hinweisen, wenn nicht die gesamte Bevölkerung von Gaza, so doch einen beträchtlichen Teil der Bevölkerung von Gaza zu vernichten. So sagte zum Beispiel der israelische Premierminister - Präsident - Isaac Herzog, der im Westen als gemäßigt dargestellt wird, dass es in Gaza keine unschuldigen Menschen gibt. Sie sind alle schuldig. Der Finanzminister bezeichnete die etwa 2 Millionen Einwohner von Gaza als Nazis. Er schließt also die etwa eine Million Kinder in Gaza in seine Charakterisierung der Bevölkerung als Nazis ein. Der Minister für das Kulturerbe sagte, dass ein Abwurf von Atomwaffen auf Gaza eine Option sei. Ministerpräsident Netanjahu sagte, er wolle den Gazastreifen in eine einsame Insel verwandeln. Und das sind nur einige Beispiele, Zain. Ich denke also, dass der juristische Test für die erforderliche Absicht durch die umfangreichen, akribisch detaillierten Unterlagen, die Südafrika dem Gericht vorgelegt hat, eindeutig erfüllt wurde. Die Frage ist jetzt nur noch, ob das Gericht im Einklang mit dem Gesetz handeln wird oder ob es sich von politischem Druck beeinflussen lässt. Und ich glaube, dass es Ersteres tun wird, es wird letztendlich im Einklang mit dem Gesetz handeln, weil die Beweise einfach so erdrückend sind, und auch, weil im Jahr 2020 dasselbe Gericht, praktisch dieselbe Ansammlung von Richtern, einen Fall, eine Entscheidung gegen Myanmar gefällt hat, der von Gambia vorgebracht wurde und in dem sie im Wesentlichen dieselbe Abhilfe forderten. Und in diesem Fall waren die Beweise meiner Meinung nach nicht so zwingend wie in diesem Fall. Ich weiß also nicht, wie diese Richter im Fall Myanmar vorläufigen Rechtsschutz gewähren und dabei ihre Glaubwürdigkeit wahren konnten, während sie Südafrika denselben Rechtsschutz verweigerten.

ZR: In Bezug auf den IGH, der seinen Sitz in Den Haag hat, hat der israelische Premierminister Benjamin Netanjahu zu Protokoll gegeben: "Niemand wird uns aufhalten. Nicht Den Haag, nicht die Achse des Bösen und auch sonst niemand", Zitat Ende. Welche Maßnahmen kann der IGH ergreifen, wenn Israel sich nicht daran hält, selbst wenn er einen Völkermord feststellt? Kann er wirklich etwas tun, um Israels Übergriffe zu stoppen? Vor allem, wenn wir die mächtigen Länder wie Deutschland und die USA berücksichtigen, die beschlossen haben, Israels Klage gegen Südafrika zu unterstützen?

DL: Die kurze Antwort lautet nein. Für sich allein genommen verfügt der IGH nicht über einen Durchsetzungsmechanismus. Der nächste Schritt wäre zweifelsohne, wenn er eine Entscheidung gegen Israel fällt, dass diese auf der Ebene des Sicherheitsrates aufgegriffen wird. Und der UN-Sicherheitsrat hat definitiv die Möglichkeit dazu. Er könnte zum Beispiel eine Militärtruppe der Vereinten Nationen aufstellen, um die Zivilbevölkerung zu schützen. Er könnte strenge Sanktionen gegen Israel verhängen, Wirtschaftssanktionen und

möglicherweise andere Maßnahmen. Es wird also von weiteren Maßnahmen der internationalen Gemeinschaft abhängen. Wie Sie angedeutet haben, gibt es im Westen Widerstand dagegen, Israel zur Verantwortung zu ziehen und diesem Massaker ein Ende zu setzen. Vor allem in der Regierung der Vereinigten Staaten, der britischen Regierung und in Deutschland, von denen zwei ein Vetorecht haben. Und es besteht die Aussicht, dass die Briten oder die Amerikaner oder beide ein Veto einlegen werden, wenn die Zeit für die Durchsetzung des Beschlusses des IGH gekommen ist. Andere Länder können jedoch auch einseitig handeln. Ich bin davon überzeugt, dass viele dies tun werden. Wenn der IGH feststellt, dass es plausibel ist, dass Israel einen Völkermord begeht, wird dies zweifelsohne die Verpflichtung aller Unterzeichner der Völkermordkonvention gemäß Artikel I auslösen, Völkermord zu verhindern. Und jeder Staat, der dem nicht nachkommt, macht sich strafbar wegen Beihilfe zum Völkermord oder Verletzung seiner Verpflichtungen aus der Völkermordkonvention. Selbst wenn es nicht gelingt, das Veto der Briten, der Amerikaner und möglicherweise der Franzosen im Sicherheitsrat zu überwinden, könnte eine kritische Masse von Staaten Israel wirtschaftliche Sanktionen auferlegen und möglicherweise eine Form der militärischen Intervention. Auch die Verfolgung israelischer Beamter vor den Gerichten dieser Staaten würde letztlich zur Durchsetzung des IGH-Beschlusses führen. Und das ist es, was ich eigentlich erwarte. Ich bin skeptisch, dass der UN-Sicherheitsrat wegen der Vetomacht der westlichen Regierungen, der wichtigsten westlichen Staaten, handeln wird, aber ich bin recht zuversichtlich, dass andere Akteure auf internationaler Ebene die erforderlichen Maßnahmen ergreifen werden, um die Anordnung durchzusetzen.

ZR: Um der Objektivität willen möchte ich einige Gegenargumente anführen, die sowohl in den israelischen und westlichen Regierungen als auch in den israelischen und westlichen Medien kursieren. Gehen wir sie der Reihe nach durch, und Sie können sie ansprechen, wenn ich sie vorbringe. Beginnen wir also mit: Israel hat alle möglichen Vorsichtsmaßnahmen ergriffen, um die Zivilbevölkerung in Gaza vor seinen Bombardierungen zu warnen, indem es zum Beispiel Flugblätter aus der Luft abwarf und sie aufforderte, in sicherere Gebiete zu fliehen.

DL: Zunächst einmal muss man sich die Zahlen ansehen, okay? Die Zahl der Zivilisten, die in den letzten drei Monaten im Gazastreifen getötet wurden, liegt zum jetzigen Zeitpunkt sicherlich bei über 20.000. Es könnten auch über 30.000 sein. Drei Monate. Im Ukraine-Krieg, in dem Russland wiederholt beschuldigt wurde, absichtlich auf Zivilisten zu zielen, liegt die Zahl der getöteten Zivilisten nach Angaben der UNO bei etwas mehr als 10.000 in zwei Jahren. Die Zahl der Kinder, die in den letzten zwei Jahren im Ukraine-Krieg getötet wurden, liegt bei weniger als 600. Die Zahl der Kinder, die in Gaza getötet wurden, liegt bei über 12.000. Hört sich das für Sie so an, als würden sie alle möglichen Maßnahmen zum Schutz der Zivilbevölkerung ergreifen? Und das Letzte, was ich sagen möchte - es gibt so viele Beweise, die diese Behauptung widerlegen - ich werde Ihnen nur einen von einer pro-israelischen Quelle, der New York Times, geben. Im Dezember veröffentlichte die New York Times eine Untersuchung, die sie mit Hilfe eines Expertenrates über die Bombardierungsmuster in Gaza durchgeführt hatte. Und sie kam zu dem Schluss, die israelfreundliche New York Times, dass das israelische Militär routinemäßig - das ist das

Wort, das sie benutzten, routinemäßig - mit 2.000-Pfund-Bunkerbomben, der zerstörerischsten konventionellen Munition in ihrem Arsenal, Gebiete in Gaza bombardierte, in denen sie die Zivilbevölkerung aufgefordert hatten, sich in Sicherheit zu bringen. Klingt das für Sie so, als würden sie Maßnahmen zum Schutz der Zivilbevölkerung ergreifen? Für mich sicher nicht.

ZR: Zweites Argument: Die Hamas benutzt Zivilisten als Schutzschild, indem sie sich unter ihnen versteckt und diesen Vorteil nutzt, um Raketen auf israelische Zivilisten abzufeuern.

DL: Nehmen wir an, das ist wahr. Ich werde gleich darauf zurückkommen. Das gibt Israel nicht das Recht, Zivilisten zu massakrieren. Sie sind ein Besatzer. Sie haben Verpflichtungen nach der Vierten Genfer Konvention. Und selbst wenn sie kein Besatzer wären, würden die Kriegsgesetze ihnen Beschränkungen auferlegen, was sie gegenüber der Zivilbevölkerung tun können und was nicht. Was auch immer die Hamas getan haben mag, sie dürfen keine Zivilisten massenhaft abschlachten, um an die Hamas heranzukommen. So einfach ist das. Aber zweitens: Betrachten wir die Situation der Hamas. Wo genau sollen sie denn kämpfen? Die Israelis wollen nicht, dass sie auf israelischem Gebiet kämpfen. Sie müssen im Gazastreifen kämpfen. Der Gazastreifen ist einer der am dichtesten besiedelten Teile der Welt. Und es gibt keine Möglichkeit für die Hamas - oder irgendeine andere palästinensische Gruppe -, bewaffneten Widerstand gegen die brutale Unterdrückung der Menschen im Gazastreifen zu leisten, ohne sich in der Zivilbevölkerung zu positionieren. Das ist unmöglich. Wissen Sie, wenn sie sich alle auf ein offenes Feld begeben würden - und es gibt nur sehr wenige offene Flächen in Gaza -, aber nehmen wir an, alle Kämpfer würden das tun, würden sie vernichtet werden. Sie würden sofort vernichtet, weil es keine Luftabwehrsysteme gibt und Israel über eines der modernsten Raketenarsenale und Luftstreitkräfte der Welt verfügt. Es gibt also keine Möglichkeit für sie, irgendeinen wirksamen Widerstand gegen die brutale Unterdrückung der Menschen im Gazastreifen zu leisten, ohne sich unter die Zivilbevölkerung zu mischen. Ich meine, das ist einfach eine Tatsache und sollte jedem klar sein, der die Situation vor Ort beobachtet.

ZR: Und das letzte Argument: Israels Angriff kann nicht als Völkermord betrachtet werden, da es nicht seine volle militärische Kapazität einsetzt. Mit anderen Worten, wenn es die Absicht hätte, einen Völkermord zu begehen, würde es eine viel größere militärische Kraft einsetzen, wozu es sehr wohl in der Lage ist und was es bisher vermieden hat.

DL: Nun, ich weise die Prämisse dieses Arguments zurück. Ich meine, ich denke, das Einzige, was Israel noch schlimmer machen könnte, wäre eine Atombombe auf Gaza. Israel hat so viele konventionelle Bomben eingesetzt. Wir sprechen hier von einer Sprengkraft, die weitaus größer ist als die Sprengkraft der Atombombe, die auf Hiroshima abgeworfen wurde. Sie müssen ständig Munitionslieferungen aus den Vereinigten Staaten annehmen, weil sie selbst nicht genug Munition haben, um diese so genannte Militäroperation durchzuführen. Eine Lieferung der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika nach der anderen, z. B. 2.000-Pfund-Bunkerbomben - sie setzen eine absolut schockierende Menge an konventioneller Munition in Gaza ein. Ich würde also sagen, dass sie tatsächlich so viel wie

möglich tun, um Gaza so schnell wie möglich zu zerstören. Und der Beweis dafür ist vor Ort zu finden. Sie wissen, dass ganze Teile des Gazastreifens in Schutt und Asche gelegt worden sind. Der Ort ist völlig unbewohnbar. Das Gesundheitssystem ist völlig zusammengebrochen. Ich meine, es ist für mich erstaunlich, dass jemand behauptet, Israel versuche nicht, Gaza zu zerstören. Das hat es bereits getan.

ZR: Letzte Woche lehnte der israelische Premierminister Benjamin Netanjahu einen palästinensischen Staat ab, indem er auf der Social-Media-Plattform X folgende Erklärung veröffentlichte, Zitat: „Ich werde keine Kompromisse eingehen, wenn es um die vollständige israelische Sicherheitskontrolle über das gesamte Gebiet westlich von Jordanien geht. Und das steht im Gegensatz zu einem palästinensischen Staat“, Zitat Ende. Dies steht in völligem Widerspruch zur offiziellen Politik der Verbündeten in den Vereinigten Staaten und sogar in Deutschland, die die Bedeutung eines palästinensischen Staates als wesentliche Komponente für Frieden und Stabilität in der Region betont haben. Erstens: Ist es überhaupt möglich, von der Gründung eines palästinensischen Staates zu sprechen, wenn ein derartiger Großangriff im Gange ist? Und zweitens, warum denken Sie, dass Verbündete wie Deutschland und die USA keine wesentlichen Maßnahmen gegen Israel ergreifen, selbst wenn Netanjahu offiziell gegen ihre Politik verstößt, die für eine Zweistaatenlösung eintritt?

DL: Es besteht eindeutig keine Aussicht auf die Entstehung eines palästinensischen Staates, solange sie A) den Gazastreifen vernichten und B) das Westjordanland mit etwa 800.000 illegalen israelischen Siedlern in ausschließlich jüdischen Siedlungen bevölkern. Sie haben die Möglichkeit eines souveränen, zusammenhängenden, lebensfähigen palästinensischen Staates in den Grenzen von 1967 vollständig zerstört. Jetzt könnten sie rückgängig machen, was sie getan haben. Es ist möglich, den Gazastreifen wieder aufzubauen, die Siedlungen aufzulösen und die Siedler aus dem Westjordanland zu evakuieren. Aber es gibt keinerlei Anzeichen für einen politischen Willen seitens der Netanjahu-Regierung oder einer anderen großen politischen Partei in Israel. Ob es sich nun um die Arbeiterpartei oder die so genannten zentristischen Parteien in Israel handelt, keine von ihnen hat angedeutet, dass sie es mit der Gründung eines palästinensischen Staates ernst meint. Ich denke, es ist an der Zeit, dass wir uns mit der Tatsache abfinden, Zain, dass der Westen die Zwei-Staaten-Lösung nicht unterstützt. Er hat absolut nichts getan, um Israel unter Druck zu setzen, den Palästinensern einen lebensfähigen Staat zu geben. Während Israel - das geht seit über 50 Jahren so, seit 1967, der Bau dieser Siedlungen, wie ich bereits erwähnte, hat der IGH vor 20 Jahren einstimmig entschieden, ist illegal. Während dieser Zeit haben westliche Regierungen ihre militärischen Beziehungen zu Israel vertieft, ihre wirtschaftlichen Beziehungen zu Israel vertieft und sich auf der Ebene des UN-Sicherheitsrats und der Generalversammlung ständig gegen Resolutionen gewehrt, die Gerechtigkeit für das palästinensische Volk herstellen sollten. Wenn man sich also anschaut, was sie tun, und einen Moment lang ignoriert, was sie sagen, dann ist die einzige vernünftige Schlussfolgerung, die man ziehen kann, dass die westlichen Regierungen selbst nicht wollen, dass das palästinensische Volk einen souveränen Staat hat. Das sind alles Lippenbekenntnisse, die auf politische Ziele ausgerichtet sind, um den Eindruck zu erwecken, dass ihnen das palästinensische Volk am Herzen liegt. Letztlich geht es bei Israel um die westliche Hegemonie im Nahen Osten. Deshalb wurde es

geschaffen. Deshalb halten sie es aufrecht. Und der Grund, warum die westlichen Regierungen die Gründung eines palästinensischen Staates nicht unterstützen, ist, dass dies Israels Fähigkeit einschränken würde, amerikanische und westliche Macht in den Nahen Osten zu projizieren. Sie wollen, dass Israel so mächtig wie möglich ist, damit sie den arabischen und muslimischen Völkern des Nahen Ostens ihren Willen aufzwingen können.

ZR: Dimitri Lascaris, unabhängiger Journalist und Anwalt für internationales Recht, vielen Dank für Ihre Zeit heute.

DL: Ich danke Ihnen. Immer eine Freude.

ZR: Und danke, dass Sie heute mit dabei waren. Bitte vergessen Sie nicht, unseren alternativen Kanälen auf Rumble, Telegram und unserem Podcast namens Podbean zu folgen. YouTube, das zu Google gehört, kann uns jederzeit shadowbannen und zensieren, besonders in Krisenzeiten wie diesen. Wenn Sie also regelmäßig unseren Kanal besuchen, sollten Sie uns vorsichtshalber ebenfalls dort folgen. Die Links zu diesen Plattformen finden Sie in der Beschreibung dieses Videos. Ich bin Ihr Gastgeber, Zain Raza. Wir sehen uns beim nächsten Mal.

ENDE

Vielen Dank, dass Sie diese Abschrift gelesen haben. Bitte vergessen Sie nicht zu spenden, um unseren unabhängigen und gemeinnützigen Journalismus zu unterstützen:

BANKKONTO:

Kontoinhaber: acTVism München e.V.
Bank: GLS Bank
IBAN: DE89430609678224073600
BIC: GENODEM1GLS

PAYPAL:

E-Mail: PayPal@acTVism.org

PATREON:

<https://www.patreon.com/acTVism>

BETTERPLACE:

Link: [Klicken Sie hier](#)

Der Verein acTVism Munich e.V. ist ein gemeinnütziger, rechtsfähiger Verein. Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige und mildtätige Zwecke. Spenden aus Deutschland sind steuerlich absetzbar.

Falls Sie eine Spendenbescheinigung benötigen, senden Sie uns bitte eine E-Mail an: info@acTVism.org